

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Dresden - W. 1, Marienstraße 20/22

Bezugspreis für den Monat Mai 1.40 M., ein Jahr 17.00 M.  
Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemerkmalen berechnet: die ein-  
seitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote  
ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Werbefläche 200 Pf., außerhalb 250 Pf.  
Lieferungsgebühr 30 Pf. Ansonstige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neudruck & Reichardt,  
Dresden, Bismarck-Platz, 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unerwünschte  
Schreibzettel werden nicht aufbewahrt

## Schied sächsischer Ministerpräsident

### Mit 46 von 95 Stimmen gewählt

Zur Stunde, da die entscheidende Landtagsitzung be-  
ginnen sollte, liegt das Haus noch stumm und leer. Die  
Parteien sind noch immer am Verhandeln und auch der Land-  
tagsvorstand tagt. Ungewißheit über alles ist das Kenn-  
zeichen der Lage. Gerüchte tauchen auf und werden von  
neuen abgelöst. Schied - Richter - Auflösung - Beamten-  
kabinett - Vertagung der alten Regierung: alle  
Kombinationen der letzten Tage und Wochen wirbeln  
durcheinander. Die Einigungsgrundlage, die am Montag im  
Interfraktionellen Ausschuss angestrebt war, ist heute vormittag  
schon wieder zerbrochen. Bis dahin war die Kandidatur des  
Innenministers Richter an der Spitze gelegen. Seine Wahl  
schien schon gesichert, als eine Bombe der Nationalsozialisten  
plötzlich in die Schlussberatungen hineinschlug. Sie bestanden  
auf der Wahl des Präsidenten Schied unter Beibehaltung  
der bisherigen Kabinettsmitglieder. Logisch war ihr Vor-  
schlag wohl begründet, weil sich familiäre bürgerliche Parteien  
schon zweimal auf Schied geeinigt hatten und in der weiteren  
Entwicklung kein Umstand aufgetreten war, der gegen diese  
Kandidatur gesprochen hätte. Aber der nationalsozialistische  
Vorstoß richtete sich gleichzeitig gegen die demokratische An-  
regung auf Bildung eines reinen Beamtenkabinetts, und über  
diese Schwierigkeit brach eine neue Krise in der Krise aus.  
In den Mittagsstunden verläutet, daß von den National-  
sozialisten bis zu den Demokraten eine Einigung auf die  
Person des Präsidenten Schied zustande gekommen ist, nicht  
aber über die Richtlinien, die ihm für die Zusammenstellung  
der Regierung mitgegeben werden sollen. Bleibt es bei den  
Männern des alten Kabinetts oder müssen die parteipolitisch  
Gebundenen ausschließen? Ueber die Streitfrage wogt der  
Kampf der Meinungen noch hin und her, aber es scheint doch,  
daß die Entscheidung in der Richtung auf die Bildung eines  
unpolitischen Beamtenkabinetts mit Schied an der Spitze  
fallen wird.

Diese Kennzeichnung der Lage wird bestätigt durch  
folgende Verlautbarung, die bei Beginn der Sitzung um 2 Uhr  
veröffentlicht wird:

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirt-  
schaftspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Volks-  
partei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Volks-  
rechtspartei und der Allsozialistischen Partei einigen sich heute  
in einer gemeinsamen Besprechung zur Wahl des Minister-  
präsidenten über folgendes:

1. Als Ministerpräsident soll ein Beamter gewählt werden, der ein unpolitisches Beamtenkabinett zu bilden hat.
2. Die Annahme der Wahl soll der gewählte Ministerpräsident erst dann erklären, wenn er sich mit denjenigen Parteien, die sich zu dieser Einigung bekennen, über die Zusammenfassung des Kabinetts verständigt und die Zustimmung dieser Parteien erlangt hat. (Bemerkung ist damit die Nationalsozialistische Partei. Die Red.)
3. Als solcher Ministerpräsident soll Herr Schied gewählt werden.

Während der Debatte wird eine Erklärung der National-  
sozialisten abgegeben, nach der die Fraktion bei der Wahl des  
Ministerpräsidenten weiße Stimmzettel abgeben wird, weil sie der Meinung ist, daß die Entscheidung über  
das Schicksal des Kabinetts Schied bei der Abstimmung über  
die Auflösungsanträge fallen wird.

Trotz dieser überraschenden Entscheidung der National-  
sozialisten ist die Wahl des Präsidenten Schied mit 46 Stim-  
men der Bürgerlichen und der Allsozialisten gegen 44 Stim-  
men der Opposition gesichert. Die nationalsozialistische Er-  
klärung enthält aber die Drohung, daß trotzdem der Landtag  
ausgelöst wird. Darüber werden weitere Verhandlungen not-  
wendig sein.

### Der Sitzungsbericht

36. Sitzung

Dresden, den 6. Mai 1930.

Der Sächsische Landtag tritt heute nach Beendigung der  
Osterpause wieder zur ersten Plenarsitzung zusammen, um  
die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen und die  
Leipziger Kommunistenunruhen zu besprechen, wofür  
Anträge und Anfragen von rechts und links vorliegen.

Der auf 1 Uhr festgesetzte Beginn der Verhandlungen  
verzögert sich erheblich, da noch interfraktionelle  
Beratungen und eine Vorstandssitzung stattfinden. Die  
nicht besetzte Tribüne wird auf eine lange Geduldsprobe gestellt.

10 Minuten vor 2 Uhr ruft die Gupe die Abgeordneten  
in den Saal, und Präsident Wedel eröffnet die Sitzung.  
Abg. Ferkel (Soz.) fehlt entschuldigt.

Abg. Renner (Komm.) fordert, daß heute an erster Stelle  
die Anträge auf Auflösung des Landtages behandelt  
werden. Da hiergegen Widerspruch erhoben wird, erledigt  
sich die kommunalistische Forderung.

Abg. Dr. Kläber (D.V.) gibt nun die an anderer Stelle  
mitgeteilte Erklärung der bürgerlichen Parteien an:

### Wahl des Ministerpräsidenten

Abg. Edel (Soz.) äußert, daß die Sozialdemokratie zu  
Verhandlungen bereit gewesen sei, im Interesse der Arbeit-  
klasse einen Kurswechsel in Sachsen herbeizuführen, aber die

Sozialdemokratie sei nicht bereit zur Übernahme der Rege-  
rung um jeden Preis. Daher sei eine andere Lösung der  
Krise nicht gefunden worden. Zwei Bedingungen habe die  
Sozialdemokratie gestellt: Soziale Gestaltung des Staats-  
haushaltes und Belastung der tragfähigen Schultern. Da es  
sich gezeigt habe, daß eine einigermaßen anständige Rege-  
rung nicht zustande komme (Helterkeit), hätte nach parlamen-  
tarischem Gebrauch an das Volk appelliert werden  
müssen. Bei dem überparteilichen Beamten-  
kabinett handle es sich um eine Phrase. Es  
verberge sich dahinter weiter nichts als der Interessenstand-  
punkt des Bürgerbiotts. Der übliche Umsall der Demokraten  
zeige, wie schwach die Demokratie innerhalb der bürgerlichen  
Parteien sei. Das groteske Gebilde der neuen Regierung  
müsse bald wieder scheitern an den inneren Gegensätzen. Die  
Sozialdemokratie werde auch noch da sein, wenn es sich darum  
handle, die Interessen der werttätigen Massen zu vertreten.

Abg. Renner (Komm.) beschäftigt sich auch mit den Demo-  
kraten, von denen die oberen Schichten zum Bürgertum, die  
unteren zur Sozialdemokratie übertreten. In der bekannten  
Rufschalpe, in die sie hineingingen, werde zukünftig nur der  
Kaufschalpe befehl sein. (Gelächter.)

Abg. v. Kläber (Nat.-Soz.) erklärt, daß seine Fraktion  
der Erklärung des Abg. Dr. Kläber nicht zustimmen könne.  
Die Nationalsozialisten würden bei der  
Wahl des Ministerpräsidenten weiße Zettel abgeben.  
Ueber das Leben und Sterben einer eventuellen Regierung  
Schied und über das Schicksal des Landtags werde der nächste  
Donnerstag entscheiden.

Abg. Kasper (Wirtschaftsp.) macht den Vorschlag, den  
Präsidenten des Staatsrechnungshofes Schied zum Minister-  
präsidenten zu wählen. Die Sozialdemokraten schlagen den  
Abg. Ferkel, die Kommunisten den Abg. Renner vor.

### Der Wahlakt

95 Stimmzettel werden abgegeben. Unter großer Span-  
nung des Hauses erfolgt die Auszählung. Es entfallen auf

- Schied ..... 46 Stimmen,
- Ferkel ..... 32 Stimmen,
- Renner ..... 12 Stimmen,

fünf Zettel sind weiß.

Präsident Wedel erklärt, daß somit

der Präsident des Staatsrechnungshofes, Schied,  
zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt sei.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung an.)

### Die Nationalsozialisten warten die Regierungsbildung ab

Die wir vom nationalsozialistischen Reichstagsabgeord-  
neten Strasser erfahren, bedeutet die Stellungnahme der  
Nationalsozialisten nicht die Auflösung des Landtages.  
Die endgültige Stellung der Nationalsozialisten soll vielmehr  
davon abhängen, wie das Kabinett Schied gebildet wird.



Der neue Ministerpräsident Walther Schied

ist Dresdner, geb. am 24. August 1874 als Sohn des leitenden  
Arztes der Dresdner Taubstummenanstalten, des Geheimen  
Sanitätsrates Dr. Jul. Schied. Nach Besuch des Bismarckschen  
Gymnasiums studierte er Rechts- und Staatswissenschaften auf  
den Universitäten Heidelberg, München und Leipzig. Von 1898  
bis 1908 war er als Referendar bei verschiedenen Amtsgerichten  
und Rechtsanwälten tätig und wirkte dann als Assessor bis  
1906 bei der Generaldirektion der Sächs. Staatsbahnen.  
In diesem Jahre wurde er als Hilfsarbeiter in das Finanz-  
ministerium berufen und rückte dort 1911 zum Finanzrat,  
1915 zum Oberfinanzrat, 1919 zum Geheimen Finanzrat und  
vortragenden Rat auf. Er bearbeitete als Referent Eisenbahn-,  
Hochbau-, Straßen- und Wasserbaufragen und solche der all-  
gemeinen Finanzverwaltung. Ueber das Personalreferat  
rückte er dann in kurzer Zeit zum 1. Staatsreferenten auf und  
aus dieser Stellung wurde er 1923 in das Amt als Präsident  
des Staatsrechnungshofes berufen. Als Einjährig-Freiwilliger  
diente Ministerpräsident Schied 1894/95 beim 1. Rgl. Sächs.  
Ulanen-Regiment Nr. 17. Im Krieg war er als Rittmeister  
der Landwehrkavallerie Adjutant der Kommandantur des  
Truppenübungsplatzes Königsbrunn und der Inspektion der  
Kriegsgefangenenlager des 12. und 19. Armeekorps zugeteilt.

## Kampf um den Wehretat 1930

### Neuer Konfliktstoff

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Mai. Der Haushaltsausschuß des Reichstages  
hat heute mit der Beratung des Wehretats für 1930  
begonnen, dessen Gesamtausgaben rund 718 Millionen be-  
tragen und um 40 Millionen höher sind als der vorjährige  
Wehretat. In den weiteren Beratungen wird sich sehr bald  
herausstellen, ob Zentrum und Demokraten mit ihrer  
Erklärung, daß sie gegen eine Anerkennungsgeld für das  
Panzergeschiff B seien, Ernst machen. Auch in diesem Punkte  
kann sich unter Umständen

### eine Krise für das Reichskabinett

entwickeln. Bekanntlich hat der Reichsrat die Einsetzung einer  
ersten Rate von zwei Millionen für dieses Panzergeschiff be-  
schlossen. Das Reichskabinett hat sich der Stimme enthalten  
und die Entscheidung damit in die Hände der Parteien gelegt.  
Wird nun von der Rechten im Reichstag ein Antrag ein-  
gebracht, die Beschlüsse des Reichsrats im Reichstag wahr zu  
machen, so kann es sehr wohl möglich sein, daß dieser  
Antrag mit Hilfe der Sozialdemokraten, Demokraten und des  
Zentrums zu Fall gebracht wird. Wenn wir recht unter-  
richtet sind, wird in diesem Falle

die deutschnationale Fraktion sofort ein  
Wirtschaftsnotum einbringen,  
und es wird sich dann unter Umständen daselbe Schauspiel  
einer an den Fingern abzuzählenden Mehrheit (oder Minder-  
heit) darbieten, wie man es bei den Steuer- und Agrar-  
programmabstimmungen vor Östern oft genug erlebt hat.  
Gerettet könnte dann das Kabinett Brüning nur durch  
die Sozialdemokratie werden.

### Die Beratungen des Haushaltsausschusses

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstages be-  
gannen heute die Beratungen über den Haushalt des Reichs-  
wehrministeriums. Berichterstatter war der  
Sozialdemokrat Stücken,

der darauf hinwies, daß die im Vorjahre vorgenommenen  
Streichungen keine wirklichen Ersparnisse gewesen seien, weil  
der Minister diesen Streichungen nur zugestimmt habe unter  
der Voraussetzung, daß im nächsten Jahre entsprechend mehr  
bewilligt werde. Ersparnisse in umfangreichem Maße  
seien nur möglich, wenn man von dem Grundfah abgehe,  
die Möglichkeiten des Verfallter Vertrags voll auszunutzen,  
und wenn man das ungeliebte Verhältnis zwischen Infanterie  
und Kavallerie dadurch ändere, daß mehrere Regimenter  
Kavallerie abgeschafft werden.

Im vorliegenden Etat beansprucht die Reichswehr einen  
effektiven Reichsausgaben von 623 Millionen.